

Runder Tisch für Gleichberechtigung gegen Rassismus

Protokoll der Plenarsitzung am 05. Dezember 2022

Protokollantinnen: Banu Tahir-Mustafa & Orkide Taghawi (MediNetz e.V. Hannover)

1. Koalitionsvertrag Niedersachsen: Was bedeutet das für die zukünftige Arbeit des Runden Tisches?

- > Migrationsarbeit soll gestärkt werden + über Finanzmittel, Teilhabegesetz, Antidiskriminierungsgesetz
- > Idee: auf eine Antidiskriminierungsstelle hinarbeiten; ggf. in den Bundesländern? Maßnahmen?
- > Koalitionsvertrag beabsichtigt, dass die Aufnahme zukünftiger Geflüchteter ähnlich wie bei den Ukrainer*innen laufen soll
- > fraglich ob es durchgesetzt wird; sehr vage beschrieben, wenig Verantwortung und Pflichtgefühl über Koalitionsvertrag ausgedrückt
- > Migrationsberatungsstellen sind genehmigt
- > über Bundesmittel Finanzierung von Asylverfahren -> besser wäre zusätzlich zu Landesmitteln

Dr. Döhring: Standards, die die geflüchteten Ukrainer*innen genießen dürfen, werden ihrer Meinung nach nicht für zukünftige Geflüchtete kommen; es geht nur noch um die Unterbringung

Munna: Wie wäre es denn, wenn man als Runder Tisch sagt, dass Geflüchtete von Anfang an Leistungen kriegen müssten, dass Geflüchtete von Anfang an Deutschkurse besuchen dürfen, dass Geflüchtete von vornherein leben dürfen, arbeiten dürfen. Wie wäre das?

Payman: zu wenig Integrationskurse, wir sollten uns auch auf positive Aspekte im Koalitionsvertrag beziehen in unserer Arbeit

Siggi: Standards formulieren für Unterbringung bspw.

Lippi: am wichtigsten ist es mehr Integrationskurse zu beschaffen

Annika Giesler (JKV): Grundrechte einfordern-> unsere Forderungen sind Teil des Hintergedanken, dass das ja Grundrechte sind

Waldo: zu wenig Personal beim BAMF-> keine Integrationskurse anbietbar; wir haben keine Standards (Bezug zu Siggi), aber andere Bundesländer haben das

Siggi: Formulieren wir Standards oder auch einen Appell an die Bundesregierung?

Dr. Döhring: Aus kommunaler Sicht ist das zentrale Problem, dass der Wille da ist (es wird sich u.a. um Menschen mit Behinderung, Jugendliche gekümmert), aber es fehlt der Standard. Wenn die Messehalle nicht mehr verfügbar ist, fehlt Wohnraum für 3000 Menschen. Geld geht vom Land über HSS aus, Zuweisung vom Land sind furchtbar, Rahmenbedingungen nicht bekannt.

Vorschlag von Waldo sei gut: Vorschlag Antidiskriminierungsgesetz nicht von der Kommune allein stemmbar. Es gibt keine bis wenig Anlaufstellen aus dem Land Hannover. Ein Netzwerk landesweit zu erstellen mit ähnlichem Format wie die auf Bundesebene gut. Eigene Landesgesetzgebung, die über AGG hinausgeht, wäre wünschenswert.

Es würde nichts bringen, würde man die Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz erbringen, weil die Leistungen sehr eingeschränkt sind.

Aus ihrer Perspektive kann man Waldos Vorschlag folgen oder auf Landesantidiskriminierungsgesetz stürzen

Waldo: Möglichkeit, Forderungen von 2013 befolgen / daran anlehnen -> wir begrüßen, dass sie sich für die Mittelstandards einsetzen und diese entwickeln.

Antidiskriminierungsgesetz wäre noch etwas, was anzuschieben wäre

Mona: Können wir Mitarbeiter*innen von der Antidiskriminierungsstelle einladen, dass es eine Übersicht gibt, was genau die Aufgaben sind, wie Beschwerden bearbeitet werden. Wo beginnt und wo endet die Arbeit?

Dr. Döhring: Es hört auf bei Rechtsberatung, ansonsten alles, was Sozialarbeiter*innen auch machen. Entsprechen müsste z.B. mit dem/der Betreiber*in gesprochen werde, würde einem Menschen z.B. aufgrund der Ethnie der Zugang zur Disko verwehrt werden.

Selten gibt es den Wunsch nach Öffentlichkeit, es ginge häufiger um Entschuldigung. Überwiegend aber situativ.

Mit betreffenden NGOs auseinander setzen, wenn es darum geht, repräsentativ für eine marginalisierte Gruppe zu sprechen.

Individualberatung im Vordergrund.

Vorschlag: Jemanden aus Berlin einladen oder von der Bundesantidiskriminierungsstelle, können das besser (Landes- und Bundesebene)

Annika: Schulung fällt allerdings nicht in den Aufgabenbereich, das wäre aber wichtig für was nach der Arbeit passiert.

Dr. Döhring: Ist es auch, allerdings nur in dem Rahmen der Möglichkeiten (2 Personen). Umso mehr Öffentlichkeitsarbeit, umso mehr Fälle, im Zweifel dann umso mehr Wartezeit, bis mensch beraten wird.

Lippi: Sie glaubt, dass alle Forderungen im Zusammenhang mit dem Gesetz stehen. Das Gesetz fordert mehr Stellen und damit mehr Möglichkeiten. Wenn eine Person diskriminiert wird, muss geprüft werden, ob es sich wirklich um Diskriminierung handelt. Dann: Wie kann die Täter*in bestraft werden? Der / die Diskriminierte muss zur Polizei gehen und Anzeige stellen, dabei ist die Person bereits belastet und möchte nicht weiter diskriminiert werden oder damit konfrontiert werden. Allerdings darf die Stelle das nicht. Vielleicht könne der Gesetzgeber hier ansetzen, weil die Mitarbeiter*innen nur das tun können, was ihnen erlaubt wird. Jemanden aus Berlin einladen und die Arbeit vergleichen.

Dr. Döhring: Bei jeder Straftat (außer denen, wo die Staatsanwaltschaft Anzeige erhebt), muss die betroffene Person selbst die Anzeige erbringen - das ist ein Grundfundament unseres Rechtssystems. Andererseits: Wollte man sich dafür einsetzen, müsste der Runde Tisch sich landesweit vernetzen, jemanden von der Bundesantidiskriminierungsstelle einladen und das alles in Gang setzen. Allein aus Hannover wäre das aber zu schwierig. (Vorschlag)

Siggi: Sieht den Rede- und Handlungsbedarf und fragt, ob sich jemand vorstellen könnte, eine separate Veranstaltung für dieses Thema zu planen. Waldos Vorschlag bräuchte ebenfalls Menschen, die sich damit auseinandersetzen und einen Vorschlag erbringen.

Dr. Döhring: **Bietet an, das Thema Antilandesdiskriminierungsgesetz aufzunehmen und nach landesweiten Koalitionspartner*innen schauen. Sie würde die Recherche seitens der Stadt übernehmen.**

Payman: **Schlägt zunächst online Austausch vor, weil persönlicher Austausch schwierig wird. Februar / März? Erster Austausch zwischen anderen Organisationen und Städten.**

Dr. Döhring: auf jeden Fall digital machen, das macht es leichter;

Annika: Vorschlag bis Mitte Januar abzusprechen, damit das Ganze auch organisiert wird; Frist setzen?

Payman: Vorbereitungen hängen davon ab wie viele verbündete wir finden. **Termin für digitalen Austausch lieber im März.**

Arbeitsauftrag an den Lenkungskreis des Runden Tisches, ein digitales Treffen zu organisieren + vorherige Recherche durch Dr. Döhring

2. Berichte aus den AGs

Annika: **Gleichbehandlung bei Unterbringen ukrainischer und anderer Geflüchteter sollte besprochen werden** -> OPT-IN-verfahren? -> man soll sagen, ob man das Ganze unterstützt oder nicht -> Unterschriften setzen

-> **Annika gibt das an AG Unterbringung zurück, dass es noch mal rumgeschickt werden soll mit einer Frist**

3. Organisatorisches: Minijob für den Runden Tisch?, wer fühlt sich als Teil des Runden Tisches (in den Verteiler)

(Liste mit Mitglieder*innen bei Payman), Rückmeldung von drei Fraktionen hierbeizubleiben FDP, SPD, Grüne

Markus wollte recherchieren wie viel ein Mailverteiler für den Runden Tisch kostet (weniger als 20€/Jahr)

Siggi: wird in absehbarer Zeit möglich sein

Minijob:

Siggi: Aufgaben wie Protokoll schreiben, zuarbeiten bei Veransrtaltungsorganisationen, Einladungen verschicken, bei Sitzungen dabei sein, Bettina zahlt (Waldo)(bloß ein Scherz)

Wir brauchen einen Träger für diese Stelle; Überlegung oder Mitglieder*innen des Runden Tisches Träger werden wollen für ein Jahr zu Beginn angesetzt

Dr. Döhring: Nein. Stadt Hannover kann das nicht übernehmen. Zu viele strukturelle und personelle Belastungen

Siggi: Schade. Wir kommen zum Sport: Wie müssten wir das dann organisieren?

Dr. Döhring: Kooperationsvertrag mit klaren Aufgabenzuschnitt, was dazu geht und sich dann in diesem Rahmen bewegen.

Polizei: Gibt es jemanden, der hier Interesse hat?

Waldo: 500€ im Monat sind das ja etwa, bräuchten wir dafür eine Verwaltungskraft? Was sind das für Arbeitszeiten? Wie wird das von der Person umgesetzt? Ist Minijob besser als ein Honorarvertrag?

Mona: Wir wissen, wie oft wir im Jahr zusammenkommen und könnten es dementsprechend beschränken.

Waldo: Es sind auch Veranstaltungen dabei.

Annika: Stundenzahl, Minus- und Plusstunden davon ab-/zuziehen. Der Bedarf ist monatlich unterschiedlich und damit schwierig umzusetzen. Gegen Honorarbasis wurde sich entschieden, weil es für die Arbeitskraft im Zweifel blöder ist.

Payman: Es gibt Aufgaben grundsätzlicher Natur, e.g. Sitzungen vorbereiten, beiwohnen, protokollieren. Darüber hinaus Recherchearbeit für Veranstaltung, über Gäste, etc. Die aufgaben werden vom Lenkungskreis vorgegeben. Monatlich / wöchentlich Stunden vergeben und anhand dessen Prioritätenliste setzen.

Vorschlag: Wenn es jetzt Träger:innen gibt, die sagen, sie übernehmen das, können sie das heute beschließen. Ansonsten verschieben wir das auf die nächste Sitzung.

Siggi: Wir müssen hier in der Runde ein Konzept vorlegen und darüber abstimmen, dann können wir nach grundsätzlichem Interesse bei potentiellen Träger:innen anfragen.

Ein Konzept müsste einige Wochen vor der nächsten Sitzung versendet werden, das wäre sein Vorschlag.

Dr. Döhring: Zwingend notwendig, dass Minijober*in Mitglied des Lenkungsrates ist durch Zuständigkeit, damit alle Aufgaben zentralisiert werden können.

Lippi: Bedenken, wie transparent die Arbeit sein kann. Kooperationspartner*in sollte also nicht immer ein Verein sein, sondern vielleicht jährlich.

Dr. Döhring: Wahlperiode als Grundlage für den Minijob, dann ginge das.

Annika: Stundenzahlen könnten über den Lenkungsrat schwierig zu vermitteln sein. Würde die Bezahlung von Mehrstunden auch gehen?

Dr. Döhring: Das könnte tarifvertraglich schwierig werden.

Annika: Man könnte in den Organisationen fragen, ob es jemanden gibt, der / die sich das generell vorstellen kann.

Lippi: Das ist eine Frage für später. Erstmal müsste eine Organisation gefunden werden, die die Finanzierung übernimmt, und darauf basierend dann die Stellenausschreibung etc.

Annika: Ihr Vorschlag wäre eine Alternative.

Waldo: Lenkungskreis soll Konzept erstellen und in die Leitlinien des Runden Tisches integrieren. Die Vereine können dann intern entscheiden, ob sie sich vorstellen können, das zu übernehmen. Im Februar kann dann nochmal drüber gesprochen werden. Als Mitgliedsorganisation kann bis dahin dann überlegt werden, was das Konzept wäre /

ob es schon jemanden gibt, der sich das vorstellen könnte.

Siggi: Seiner Meinung nach müsste es nicht jemand aus dem Lenkungskreis sein. Vorschlag: Wir überlegen uns Formalien, die dann zur Abstimmung bereitgestellt werden.

Rat ist einverstanden.

4. Termine der Plenarsitzungen des Jahres 2023:

27.02.23, 16-18 Uhr

19.06.23, 16-18 Uhr

25.09.23, 16-18 Uhr

11.12.23, 16-18 Uhr

Wo finden die nächsten Treffen statt?

Sitzungstermine auch an Stadt schicken und schauen ob diese auch Tagungsräume besorgen können
Ingrid schickt Döhring Termine und sie finden gemeinsam Tagungsräume, die von der Stadt gestellt werden

geklärt, Ingrid hat Döhring Termine gesagt, Ingrid dankt Payman, dass wir heute in der Faust sein durften, Liebe an Payman

5. Verschiedenes:

morgen, am 08.12.22, um 16-18 Uhr eine Demokratiesitzung, die sich mit antisemitischen Vorfällen in Hannover etc. via Zoom auseinandersetzt

Payman: seit 80 tagen eine Revolution im iran-> in dem Zusammenhang hat der Ob ein Schreiben verfasst (Islamische Republik hat bisher viele Menschen getötet) Ob hat Schreiben an Land verfasst gegen ein Büro in Niedersachsen, das die wirtschaftliche Beziehung zum Iran vertiefen sollte -> Büro soll geschlossen werden und ist bis jetzt noch nicht passiert
-> Forderung, dass das Büro geschlossen wird

**Fröhliche Weihnachten und mögen Liebe und Frieden mit euch sein!
PS: Wünscht euch Glückseligkeit, nehmt sie euch und teilt sie mit
anderen Menschen**



Quelle: <https://www.watson.ch/spass/lifestyle/854409171-16-comics-und-memes-die-die-weihnachtszeit-perfekt-auf-den-punkt-bringen>